

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 12. Dezember 2024 in Berlin**

Beschluss

TOP 4 Finanzplatz Deutschland stärken

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder fassen folgenden Beschluss:

1. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder betonen, dass ein innovativer, leistungsfähiger, krisenresistenter und international wettbewerbsfähiger Finanz- und Kapitalmarkt eine entscheidende Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands ist. Seine Bedeutung wird angesichts des erheblichen Investitionsbedarfs für den notwendigen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft weiter zunehmen. Die Bundesregierung muss daher ihrer Verantwortung für den Finanzplatz Deutschland gerecht werden und Maßnahmen zur Stärkung der deutschen Finanzwirtschaft ergreifen. Eine enge Abstimmung mit den Ländern ist von entscheidender Bedeutung. Die Länder schaffen nicht nur die Infrastruktur vor Ort, sondern gestalten durch ihre Aufsichtsbehörden den Erfolg des Finanzplatzes Deutschland maßgeblich mit.

2. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder stellen fest, dass für den wirtschaftlichen Erfolg des Mittelstands eine verlässliche und ausreichende Bereitstellung mit Investitionskapital ebenso unverzichtbar ist wie maßgeschneiderte Finanzierungslösungen. Das seit Jahrzehnten bewährte, diversifizierte dreigliedrige deutsche Bankensystem aus privaten Geschäftsbanken, öffentlich-rechtlichen Banken und Genossenschaftsbanken ist hierfür ein Garant. Die Commerzbank ist als zweitgrößtes börsennotiertes deutsches Kreditinstitut ein Flaggschiff des Finanzplatzes Deutschland. Mit

insgesamt mehr als 22.000 mittelständischen Firmenkunden ist sie einer der wichtigsten Financier des deutschen Mittelstandes. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder sind daher besorgt über die aktuellen Entwicklungen bei der Commerzbank. Eine Schwächung der Investitionskraft der deutschen Wirtschaft gilt es zu vermeiden. Sie fordern die Bundesregierung daher auf, ihren Einfluss aktiv zu nutzen, um die Eigenständigkeit deutscher Kreditinstitute als wichtigen Kapitalgeber für die deutsche Wirtschaft weiterhin zu gewährleisten. Wir erwarten, dass die Bundesregierung mit ihrer derzeitigen Beteiligung ein starker Partner des Mittelstands auch in Zukunft ist.

3. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder bekräftigen, dass mit der Bankenunion die Stabilität des deutschen und europäischen Bankensystems nachhaltig gesichert werden kann. Die regional geprägte Bankenlandschaft im föderalen Deutschland ist als wichtiger und grundlegender Wirtschaftsfaktor von zentraler Bedeutung. Sie muss unter allen Umständen geschützt werden. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder kritisieren daher, dass die deutschen Sparkassen und Genossenschaftsbanken sowie andere kleine und mittlere Kreditinstitute derzeit in besonderem Maße von einer überbordenden Regulierungsdichte betroffen sind. Die Anwendung des Proportionalitätsprinzips und ein smarter Regulierungsansatz, der vor allem die Größe, das Risikoprofil und das Geschäftsmodell der einzelnen Banken berücksichtigt, sind entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit dieser Banken.
4. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder bekräftigen, dass die Bestrebungen der EU zur Schaffung einer Kapitalmarktunion in Europa mit Nachdruck vorangetrieben werden müssen. Dabei sind insbesondere die guten Erfahrungen mit dem stabilen deutschen Börsensystem zu berücksichtigen. Ziel muss insbesondere die Rückverlagerung des Wertpapierhandels sowie ein leichter und unbürokratischer Zugang für kleine und mittlere Unternehmen zu den europäischen Börsen sein. Die Vereinheitlichung und Entschlackung der kapitalmarktrelevanten Rechtsnormen sowie die Entbürokratisierung in diesem wichtigen Bereich sind unabdingbar, um einen ungehinderten europäischen Kapitalfluss zu schaffen und gleichzeitig die Transaktionskosten zu senken.

Neue kapitalmarktbasierende Investitionsmöglichkeiten müssen ermöglicht und damit der Wirtschaftsstandort Deutschland gestärkt werden. Außerdem muss die Aktienkultur in Deutschland gestärkt werden, damit Aktien auch für Kleinanleger attraktiver werden. Von einer Zentralisierung der Kapitalmarktaufsicht in der EU ist abzusehen, um eine Überregulierung und Bürokratisierung auszuschließen. Die vor Ort angesiedelte Börsenaufsicht ist wesentlich besser in der Lage, lokal und zeitnah auf Ereignisse am Finanzplatz zu reagieren. Insbesondere sind die heutigen Aufsichtsstrukturen über viele Jahre gewachsen und haben sich bewährt. An diesem erfolgreichen System ist festzuhalten.

5. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder bekräftigen ihre Überzeugung, dass Deutschland den Anspruch haben muss, ein weltweit führender Standort für Sustainable Finance zu sein. Sie bitten daher die Bundesregierung, ihre Sustainable Finance-Strategie unter Einbeziehung der relevanten Akteure aus Wissenschaft, Finanzwirtschaft, Investorenkreisen, Realwirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft weiterzuentwickeln. Dabei gilt es, die Stärken und Besonderheiten des Wirtschaftsstandorts Deutschland ausreichend zu berücksichtigen und verbindliche, praktikable und zielführende Rahmenbedingungen zu schaffen, die sowohl der Finanz- als auch der Realwirtschaft die notwendige Orientierung geben.